Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

255 (31.10.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 255 — **Montag den 31. Oktober 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Bei der Unterredung zwischen Hindenburg, Braun und Papen wurde keine Verständigung in der Frage Reich-Preußen erzielt.

*

Die preußische Verwaltungsreform ist am Samstag auf dem Verordnungsweg erschienen. Sie bringt zahlreiche Einsparungen und Einschränkungen wie die Aufhebung des Wohlfahrtsministeriums.

*

Die Ministerernennungen in Preußen sind auf Montag aufgeschoben worden.

*

Ein Einspruch des bayerischen Ministerrats gegen die preußische Verwaltungsreform wurde vom Reichspräsidenten abgelehnt.

*

Das deutsche Postflugzeug ist auf dem Rückflug von London über dem Kanal brennend abgestürzt. Der Pilot und sein Begleiter werden vermißt. Passagiere waren nicht an Bord

*

Vom Reichsgericht wurde ein Elektriker der IG. Farben in Bitterfeld wegen Spionage für Rußland zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt

*

Die nationalsozialistische Korrespondenz erklärt im Zusammenhang mit der Neugestaltung Preußens, daß die Art, wie es gemacht werde, verfassungswidrig sei. Die Maßnahmen der Reichsregierung in Sachen der Reichs- und Verfassungsreform werden abgelehnt.

*

Die Berliner S.A. in Stärke von zusammen 25 000 Mann hielt am Sonntag im Norden Berlins und im Neuköllner Stadion Gasschutzübungen ab.

*

Gronau befindet sich mit seinem Dornier-Wal auf dem Fluge nach Bagdad und hat wieder direkte Funkverbindung mit der Heimat aufgenommen.

*

In Hamburg kam es am Sonntag an mehreren Stellen zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und der Polizei. Nach den bisherigen Feststellungen sind sieben Schwerverletzte und etwa 30 Leichtverletzte zu verzeichnen.

*

Im Rahmen des Wahlkampfes sprachen am Sonntag u. a. Brüning in Hagen, Hitler in Dortmund, Loebe und Adelung in Nürnberg, Breitscheid in Chemnitz.

Eröffnung des Großrundfunksenders Leipzig

Leipzig, 28. Okt. Der Großfunksender Leipzig in Wiederau mit 150 Kilowatt, der stärkste deutsche Sender, wurde mit einer schlichten Feier im kleinen Saal des Gewandhauses seiner Bestimmung übergeben. Diese Feier wurde zugleich auf den Sender übertragen. Für die sächsische Regierung sprach sodann Ministerpräsident Schieck. Er wies u. a. darauf hin, daß der Rundfunk dem ganzen deutschen Volke zu dienen bestimmt sei, und daß er sich nicht einseitig in den Dienst einer einzelnen Weltanschauung oder Partei stellen dürfe. Die Achtung vor dem deutschen Volk im Ausland werde nur dann gewahrt sein, wenn der deutsche Rundfunk deutsche Art und deutsche Sitte wirklich pflege. Neben diesen Pflichten, die allen deutschen Sendern gemeinsam seien, falle den Sendern der einzelnen Bezirke noch die besondere Aufgabe zu, die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung, das eigene Gepräge und die Vielgestaltigkeit der deutschen Landschaft, auf der zum großen Teil das Heimatgefühl des Deutschen beruht, zu pflegen. Für die Stadt Leipzig sprach darauf Oberbürgermeister Dr. Gördeler.

Gouverneur z. D. Dr. Schnee aus der Deutschen Volkspartei ausgeschieden

Berlin, 30. Okt. Gouverneur z. D. Dr. Schnee hat an den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneten Dingeldey, ein Schreiben gesandt, in dem er seinen **Austritt aus der Deutschen Volkspartei** erklärt. In diesem Schreiben sagt Dr. Schnee, daß er die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte zum Wiederaufbau Deutschlands und zu seiner Befreiung vom Drucke des Versailler Diktats für eine unbedingte Notwendigkeit halte. Hierfür sei die Mitwirkung der nationalsozialistischen Bewegung unerläßlich. Es erfülle ihn mit großer Sorge, daß die innenpolitischen Ereignisse zur entgegengesetzten Entwicklung geführt hätten. Dabei liege die Tatsache vor, daß die nationalsozialistische Bewegung dem Kampf gegen Versailles stärkste Impulse gegeben hätte. Seiner Ueberzeugung nach mache es die außenpolitische Lage notwendig, daß die gegenwärtig mangelnde breite Grundlage im deutschen Volke geschaffen werde. — Die Nationalliberale Correspondenz schreibt: Dem Austritt von Dr. Schnee fehle jede stichhaltige Begründung.

Die Preußenreform

Die Aussprache zwischen dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und Ministerpräsident Braun — Keine Einigung

Berlin, 30. Okt. Reichspräsident von Hindenburg empfing am Samstag den Reichskanzler von Papen und den Preußischen Ministerpräsidenten Braun zur Aussprache über die durch das Urteil des Staatsgerichtshofes geschaffene Lage. Der Reichspräsident führte einleitend aus, daß der Streit zwischen Reich und Preußen über die Verordnung vom 20. Juli durch das Urteil des Staatsgerichtshofes erledigt sei, und daß er und die **Reichsregierung sich in jeder Beziehung auf den Boden des Urteils stellten; es müsse beiderseits der loyale Versuch gemacht werden, eine praktische Zusammenarbeit zu ermöglichen**, die einerseits die dem Preußischen Staatsministerium zuerkannten Rechte berücksichtige, andererseits die Befugnisse des Reichskommissars und die Notwendigkeit einer einheitlichen Reichspolitik wahre.

Ministerpräsident Braun erwiderte, daß das Preußische Kabinett sich selbstverständlich ebenfalls auf den Boden des Urteils stelle. Er gab daraufhin eine Darlegung seiner Auffassung von den Folgerungen, die aus dem Urteil zu ziehen seien. Das Staatsministerium müsse in die ihm zuerkannten Rechte wieder eingesetzt werden. Die Befugnisse des Reichskommissars sollten, wenn sie überhaupt noch nötig wären, auf solche Maßnahmen beschränkt werden, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung notwendig seien. Mit den personellen Veränderungen solle aufgehört werden. Ueber die Vereinfachung und Zusammenfassung der Verwaltungen im Reich und Preußen könnten alsdann Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Preußischen Regierung stattfinden.

Reichskanzler v. Papen erklärte zunächst, daß die Reichsregierung die persönliche Integrität des Preußischen Ministerpräsidenten und seiner Amtskollegen nie angezweifelt habe und daß nur staatspolitische Erwägungen zu ihren Maßnahmen geführt hätten. Er legte dann seine Auffassung der Lage dar und betonte, daß der Reichskommissar sich nicht darauf beschränken könne, nur für den Schutz von Ruhe und Ordnung zu sorgen, sondern **weiterhin die gesamte Exekutive einheitlich in der Hand behalten müsse. Daraus ergebe sich ohne weiteres die Verpflichtung, die als notwendig erkannte Reform der Preußischen Verwaltung durchzuführen und damit eine spätere endgültige Regelung dieser Frage durch die gesetzgebenden Körperschaften vorzubereiten.** Personelle Veränderungen seien nur aus sachlichen Gründen vorgenommen worden. Der Reichskomissar werde der Preußischen Staatsregierung die Möglichkeit geben, die ihr zuerkannten Rechte auszuüben, Eingriffe in die Amtsbefugnisse des Reichskommissars aber nicht dulden.

Der Preußische Ministerpräsident betonte, daß er demgegenüber auf seinem eingangs dargelegten Standpunkt beharre und insbesondere der Durchführung der Verwaltungsreform ohne Verständigung mit der Preußischen Staatsregierung widerspreche. **Eine Einigung hierüber wurde nicht erzielt.**

Im Laufe der Besprechung hob der Reichspräsident hervor, daß es zur Wiederherstellung gefestigter Verhältnisse weiterhin notwendig sei, **die staatlichen Machtmittel Preußens und des Reiches in einer Hand zu behalten und die Politik Preußens und des Reiches in einheitlichen Bahnen zu führen.** Zum Schlusse gab er der Hoffnung Ausdruck, daß über die Ausübung der Rechte, die der Preußischen Staatsregierung nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zuständen, eine Verständigung erzielt werden möge. Es wurde vereinbart, daß hierüber weitere Verbindung zwischen der Preußischen Staatsregierung und dem Reichskommissar gehalten werden solle.

*

Bayerischer Einspruch abgelehnt

Berlin, 30. Okt. Dem Reichspräsidenten von Hindenburg wurde folgender Beschluß des bayerischen Gesamtministeriums zur Kenntnis gebracht:

„Der Ministerrat hat sich auf Grund der ihm zugegangenen Mitteilungen mit den **Plänen der Reichsregierung wegen der Neugestaltung Preußens befaßt.** Nach seiner Ueberzeugung enthalten die Pläne **schwere Eingriffe in die verfassungsmäßige Stellung aller deutschen Länder** gegenüber dem Reich und untereinander. Das Vorgehen der Reichsregierung bildet eine schwere Enttäuschung für alle, die im Vertrauen auf die Erklärungen der Reichsregierung damit gerechnet haben, daß eine Reichsreform nur auf gesetzlichem Wege und nur nach Verhandlungen mit den Ländern eingeleitet wird. Der Ministerrat bittet deshalb den Herrn Reichspräsidenten, keine Entscheidung zu treffen, bevor nicht mit den übrigen Ländern verhandelt worden ist."

*

Der **Reichspräsident** hat den Reichskanzler damit beauftragt, den Bayerischen Ministerpräsidenten darüber aufzuklären, daß **der Beschluß des Bayerischen Gesamtministeriums von falschen Voraussetzungen ausgegangen sei. Die Maßnahmen des Reichs hielten sich völlig innerhalb der Befugnisse, die dem Reichskommissar durch das Urteil des Staatsgerichtshofes zuerkannt seien.**

*

Ernennung der Reichsminister erst am Montag

Berlin, 30. Okt. Wie wir erfahren, wird die Ernennung des stellvertretenden Reichskommissars Dr. Bracht und des Staatssekretärs Dr. Popitz zu Reichsministern ohne Portefeuille erst am Montag erfolgen. Ueber den ganzen Komplex der Personalfragen ist übrigens noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden. Das hängt offenbar damit zusammen, daß noch nicht abschließend geklärt ist, wer mit der kommissarischen Leitung des Kultusministeriums beauftragt wird. In einem Berliner Abendblatt ist heute der Name des Greifswalder Professors Kähler genannt worden. Es dürfte zutreffen, daß an diese Kandidatur gedacht wird.

*

Eingriff in ein „unveräußerliches Hoheitsrecht der preußischen Staatsregierung?"

Berlin, 30. Okt. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, wird zu der Verordnung des Reichskommissars für Preußen über die Auflösung des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt von Seiten des preußischen Staatsministeriums folgendes erklärt:

„Eine Verringerung der Zahl der preußischen Ministerien war von der preußischen Staatsregierung für den August ds. Js. in Aussicht genommen; an der Durchführung des Planes ist sie durch die Einsetzung des Reichskommissars vom 20. Juli verhindert worden. Trotz der Bereitschaft der Staatsregierung zu einer Verständigung über diese Fragen haben die Reichsregierung und der Reichskommissar die neue Verordnung ohne vorherige Fühlungnahme mit der Staatsregierung erlassen. Die betr. Blätter der preußischen Gesetzessammlung wurden zur gleichen Zeit ausgedruckt, in der die Unterhaltung zwischen dem Reichskanzler und dem Ministerpräsidenten Braun beim Herrn Reichspräsidenten stattfand. **Damit hat die Reichsregierung nach Auffassung der preußischen Staatsregierung nicht nur die vom Staatsgerichtshof ausdrücklich gewünschte loyale Zusammenarbeit mit der Staatsregierung außer Acht gelassen, sondern auch in ein unveräußerliches Hoheitsrecht der preußischen Staatsregierung eingegriffen.** Für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung war ein solches Vorgehen des Reichskommissars keinesfalls erforderlich. Der Reichskommissar hat die Verordnung auf Grund der sogen. Dietramszeller Ermächtigungsverordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 erlassen. Diese Verordnung gibt aber nicht dem Reichskommissar, sondern der Landesregierung das Recht, Notverordnungen zu erlassen. Nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes ist Landesregierung nur die preußische Staatsregierung."

*

Zusammenlegung und Verbilligung in der preußischen Verwaltung — Auflösung des Wohlfahrtsministeriums

Berlin, 30. Okt. Der amtliche preußische Pressedienst teilt mit: Die zweite Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 29. Oktober 1932 bringt die **Reform der preußischen Zentralbehörden**. Damit sind die von der kommissarischen Staatsregierung eingeleiteten Arbeiten zur **Verwaltungsreform in Preußen einen wichtigen Schritt weitergeführt** worden.

Das **Ministerium für Volkswohlfahrt** wird aufgelöst. Einer der wichtigsten Teile seiner Aufgaben, die staatliche Wohnungsbauförderung, hat infolge der Finanzkrise und des reichsrechtlich vorgesehenen Abbaues der Hauszinssteuer erheblich an Umfang verloren. Ferner sind die wichtigsten gesetzgeberischen Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Sozialpolitik, der Sozialversicherung und der öffentlichen Fürsorge immer mehr vom Reiche in Anspruch genommen und ausgeschöpft worden.

Zur Vorbereitung einer weiteren verwaltungsmäßigen **Zusammenarbeit zwischen Reich und Preußen** ist überall besonderer Wert darauf gelegt worden, daß die preußischen Zuständigkeiten mit denen in den Reichszentralbehörden parallel gestaltet werden.

Bei den einzelnen Ministerien ist noch folgendes hervorzuheben:

Trotz einer weitgehenden Vereinfachung seiner geschäftlichen Betätigung bleibt für das **Landwirtschaftsministerium** ein wichtiger Geschäftsbereich bestehen, der die Aufrechterhaltung eines preußischen Landwirtschaftsministeriums erfordert und rechtfertigt. Damit ist eine sachgemäße und nachdrückliche Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen in Preußen weiterhin gesichert.

Beim **Kultusministerium** hat die Einbeziehung des Geschäftsbereichs die Möglichkeit ergeben, das Unterrichtswesen in einer einheitlichen Abteilung zusammenzufassen.

Beim **preußischen Innenministerium** konnte die bisherige Friedensabteilung aufgelöst werden. Die Referate, die weiterhin eine selbständige Bedeutung behalten, insbesondere die Grenzreferate, bleiben naturgemäß bestehen.

Im **Finanzministerium** würden in Zukunft die Bearbeitung der Haushalte der einzelnen Verwaltungen in einer Abteilung einheitlich zusammengefaßt.

Im ganzen bedeutet die Verordnung eine **weitreichende Verbilligung für die preußische Verwaltung**. Die Verordnung beschränkt sich ausdrücklich auf rein preußische Fragen. Sie ist gezeichnet von dem Reichskommissar von Papen, dem stellvertretenden Kommissar Bracht und den übrigen mit der kommissarischen Wahrnehmung der Geschäfte beauftragten Ministerialbeamten.

*

Die neue kommissarische Preußenregierung.

T.U. Berlin, 31. Okt. Die Ernennungen für die neue kommissarische Preußenregierung werden heute veröffentlicht, nachdem die Urkunden bereits vollzogen worden sind. Gegenüber der am Samstag gemeldeten Liste ist noch eine Aenderung zu verzeichnen. Oberlandesgerichtspräsident Anz wird nicht mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Justizministeriums beauftragt werden, sondern Staatssekretär Hölscher.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Stimmen zur Rede des Reichsinnenministers

Berlin, 29. Okt. Zu der Rede des Reichsinnenministers schreibt die **„Vossische Zeitung“**, es sei darin nichts Ueberraschendes, da man solche Pläne längst vermutet habe. Aber die Gewißheit, die sie gebracht habe, sei nicht weniger erregend; stehe es doch nunmehr, nach all den Monaten der halben Andeutungen, der Gerüchte und Beschwichtigungen, endlich öffentlich und amtlich fest, daß die Regierung entschlossen sei, **den Verfassungskonflikt zu erklären** und, wenn der kommende Reichstag sich ihr nicht fügen sollte, ihren Weg auf eigene Faust weiterzugehen.

Der **„Vorwärts“** sieht in der Rede eine Ankündigung dafür, daß der Verfassung von Weimar der Garaus gemacht werden solle.

Die **„Deutsche Allgemeine Zeitung“** stellt fest, daß die Grundzüge der Reichs-, Verfassungs- und Verwaltungsreform, die der Minister in großen Strichen umriß, geeignet seien, die warme Zustimmung weitester Volkskreise über den engen Bezirk bestimmter Parteien zu finden.

Der **„Tag“** nennt die Rede einen programmatischen Ueberblick über die geplante Verfassungs- und Verwaltungreform, die zahlreiche böswillige Tendenzgerüchte widerlege.

Die **„Kreuzzeitung“**, dem „Stahlhelm“ jetzt nahestehend, spricht von dem „Willen zum staatslosen Umbau“.

Nach Auffassung des **„Börsenkuriers“** handelt es sich um die bestimmteste, gegenständliche und politisch wesentliche Rede, die man seit Amtsantritt der Regierung Papen gehört habe. Wesentlich sei, daß nicht nur auf das mindeste vorläufig Unerreichbare verzichtet werde, sondern daß die Ankündigungen des Reichsinnenministers sogar in ihren positiven Teilen den Standpunkt von Politikern sich näherten, die grundsätzlich oder doch nach Lage der Dinge als Gegner der Reichsregierung betrachtet würden. Mit der Rede des Reichsinnenministers sei die Sturm- und Drangperiode der Regierung Papen beendet.

Der Eindruck der Herriot-Rede in Berlin

Berlin, 30. Okt. Die Rede Herriots über den französischen Abrüstungsplan wird in Berliner politischen Kreisen als eine bemerkenswerte Erklärung des führenden französischen Staatsmannes angesehen. Schon jetzt kann als Auffassung maßgebender Kreise gesagt werden, **daß zum ersten Male ein französischer Ministerpräsident den Standpunkt verlassen hat, daß der Versailler Vertrag ein Rührmichnichtan ist** und daß der Teil 5 dieses Vertrages, der sich mit der deutschen Abrüstung beschäftigt, unberührt bleiben müsse. So unbestimmt die Vorschläge Herriots zur Abrüstungsfrage im einzelnen gehalten sein mögen, und einer Erläuterung und Ergänzung noch bedürfen, so geht aus ihnen doch offenbar hervor, daß Frankreich auch die Bedürfnisse und Gesichtspunkte anderer Länder hinsichtlich der Abrüstung mehr als bisher berücksichtigen wolle.

Zu den Einzelheiten der Ausführungen Herriots muß zunächst gesagt werden, daß die von ihm erwähnte deutsche Forderung auf Gleichberechtigung keinesfalls, so wie er es tat, als ein Verlangen nach Aufrüstung bezeichnet werden kann. Wenn Frankreich die Deutschland im Versailler Vertrag verbotenen Waffen nicht abschaffen will, so bedeutet dies einfach eine Verweigerung der Abrüstung. Den weiteren Ausführungen Herriots, **daß alles Uebel in der Berufsarmee liege, muß mit allem Nachdruck entgegengetreten werden, daß Deutschland sich schließlich diese Art der Armee nicht ausgewählt hat, sondern daß sie ihm durch den Versailler Vertrag aufgezwungen wurde.** Es erscheint deshalb sinnlos, daß man nun mit einem Male gerade diese Art der Armeeorganisation als besonders gefährlich bezeichnen will. Aehnlich inkonsequent und unrichtig erscheint die Stellungnahme Herriots zur **Frage der Miliz**, die er für Frankreich als eine Defensivorganisation ansieht, eine Kennzeichnung, die er Deutschland jedoch nicht zubilligen will. Zusammenfassend kann zu der Rede Herriots gesagt werden, daß Deutschland **Erörterungen über den französischen Konstruktionsplan durchaus für möglich hält**, ohne einer endgültigen Entscheidung vorzugreifen. Die Voraussetzung für Deutschland ist und bleibt aber immer die **Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung.**

*

Im Spiegel der Pariser Presse

Paris, 29. Okt. Die gesamte Presse beschäftigt sich eingehend mit der Kammersitzung, deren Bedeutung allgemein anerkannt wird.

„Avenir“ nennt die von der französischen Regierung eingenommene Haltung untadelig. **„Journal“** spricht von einer für Frankreich **folgenschweren Kammerdebatte.** Jeder sei sich darüber einig gewesen, daß der gegenwärtige Geisteszustand in Deutschland und sein unbestreitbarer Aufrüstungswille als Bedrohung des Friedens erschienen sei. Ueber die Art und Weise, diese Gefahr zu beschwören, seien die Ansichten allerdings auseinandergegangen. **„Petit Parisien“** betont, wenn man den Plan ablehne, werde Frankreich wenigstens alles getan haben, was in seiner Möglichkeit lag, und es werde nicht aufhören, im Völkerbund am Werk der Organisierung des Friedens mitzuarbeiten. **„Echo de Paris“** weist auf die einschneidenden Veränderungen der bestehenden militärischen Einrichtungen hin, wenn der Plan allgemein angenommen werde. **Alle Heere würden in defensive Milizen umgewandelt, die in den Feldlagern und in den Kasernen nur sehr kurze Zeit Dienst tun würden.** Wenn der französische Maximalplan durchführbar wäre, würde er sehr viel Besorgnis rechtfertigen: Würde er nicht Deutschland, dem der Versailler Vertrag die Qualität einräumte, die Möglichkeit geben, auch die Quantität hinzuzufügen, wie es dies zu tun sich anschicke? **Aber niemand könne glauben, daß der Plan wirklich in seiner Gesamtheit durchgehen werde.** Der ernsteste Einwand, den man erheben könne, sei der, daß das Heer nicht von seinem Chef verteidigt werde, wie etwa die Marine oder die Luftschiffahrt, die von ihren Ministern vertreten würden. Im Kriegsministerium herrsche keine gedankliche Einheit zwischen dem Minister und dem Generalstab. Der mit sozialistischen Gedanken spielende Minister manövriere zwischen seinen Dienststellen.

„Journee industrielle“ schreibt, es sei zweifelhaft, daß die Reichsregierung bei dem gegenwärtigen Stand der öffentlichen Meinung in Deutschland die Beseitigung des deutschen Berufsheeres annehme, aber man dürfe nicht verzweifeln. Wenn Deutschland durch dieses Opfer die Reinheit seiner Absichten beweisen wolle, würde sich alles regeln lassen; wenn es sich weigere, dann würde es eben — das Gegenteil beweisen.

„Republique“ begrüßt den Gleichheitsgedanken, der in dem französischen Plan zum Ausdruck komme und verlangt die Angleichung nach unten. Das sei auch die Auffassung der französischen Regierung, ebenso auch die der ungeheuren Mehrheit der Kammer.

„Homme libre“ schreibt, Frankreich sei bis an die äußerste Grenze der Zugeständnisse gegangen und habe sich sogar bereit gefunden, den deutschen Plan einer Rüstungsgleichheit zu berücksichtigen. Deutschland sei in seiner eigenen Falle gefangen.

„Figaro“ dagegen wirft Herriot vor, daß er sich trotz aller Versprechen habe hinreißen lassen, der Abrüstung vor der Sicherheit den Vorzug zu geben. Die Isolierung Frankreichs gehe darauf zurück, weil Frankreich seine Schwächen zeige. Nur starke Völker seien umworben und ihre Freundschaft suche man.

„Ami du Peuple“ erklärt, der französische Plan werde unannehmbar sein, weil er die Beseitigung der Reichswehr vorschlage. Das einzige Ergebnis werde darin bestehen, daß die Engländer und Amerikaner sich jetzt Rechenschaft darüber abgeben könnten, daß die Militaristen nicht in Frankreich, sondern jenseits des Rheins zu suchen seien.

Nach Ansicht der **„Victoire“** habe sich Herriot von der einzigen guten Methode abgewendet, direkt mit Deutschland zu verhandeln, sich mit ihm über eine künftige Revision des Versailler Vertrages zu verständigen unter Berücksichtigung der Notwendigkeit eine starke deutsch-französische und polnische Militärstreitmacht aufrecht zu erhalten, solange die sowjetrussische Gefahr die gesamte europäische Zivilisation bedrohe. Das wäre ein französischer Plan gewesen.

*

Englische Stimmen zum Abrüstungsplan

London, 29. Okt. „News Chronicle“ schreibt, wenn die Rede wirklich das bedeutet, was sie zu bedeuten scheint, dann ist **der Plan durchaus nicht kleinlich. Er läuft in der Tat auf eine praktische Anerkennung der deutschen Forderung hinaus. Die meisten Punkte der Vorschläge Herriots werden von England sicherlich angenommen. Frankreichs Bereitwilligkeit, Deutschlands Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht mit anzusehen, mag einige Ueberraschung verursachen. Aber Frankreich fühlt wahrscheinlich, daß die allgemeine Wehrpflicht ihm weniger gefährlich ist als eine Berufsarmee.** Die Schwierigkeit des ganzen Planes liegt im Augenblick in der Unsicherheit über einige seiner Punkte. Jedenfalls ist sicher, daß der Plan einen entschiedenen und sogar **dramatischen Wechsel in der Abrüstungspolitik Frankreichs** bedeutet.

*

Paul Boncour über den französischen Abrüstungsplan.

T.U. **Paris**, 30. Okt. Kriegsminister Paul Boncour machte am Samstag abend einige ergänzende Mitteilungen zum französischen Abrüstungsplan. Er sagte, daß der Zusammenhang der Rüstungen untereinander die Grundlage der französischen These in Genf seit 15 Jahren bilde. Was die Notwendigkeit eines Kolonialheeres angehe, so finde man diesen Grundsatz schon in den Vorschlägen des amerikanischen Präsidenten. Der französische Plan beziehe sich also ausschließlich auf das europäische Landheer. Die Abrüstung des Landheeres, der Luftflotte und der Marine müsse auf jeden Fall nebeneinander laufen, damit Frankreich nicht allein die Kosten der Abrüstung trage. Was besonders das Landheer angehe, so handele es sich darum, zunächst ein gemeinsames System aufzustellen, um dann auch die Heeresstärke zu vereinheitlichen. Den Gipfel des gesamten französischen Planes bilde das Konsulativabkommen, das auch Amerika einschließen könnte und das dazu diene, einer angegriffenen Macht moralisch und bis zu einer gewissen Grenze auch materielle Unterstützung zukommen zu lassen.

*

Amerika zu weitgehenden Sicherheitsgarantien an Frankreich bereit — im Austausch gegen Abrüstung.

T.U. **Washington**, 30. Okt. Wie aus diplomatischen Kreisen bekannt wird, ist die Regierung der Vereinigten Staaten bereit, Frankreich im Austausch gegen eine wesentliche Abrüstung weitestgehende Sicherheitsgarantien zu gewähren. Staatssekretär Stimson wolle vorbehaltlich einer endgültigen Regelung den Brand-Kellogg-Pakt als bindend anerkennen, d. h. im Falle drohenden Krieges eine friedliche Beilegung des Konflittes zwischen den Beteiligten anstreben und, falls diese erfolglos verlaufen sollte, Finanz- und Wirtschaftsboykott gegen die Angreifernation in Erwägung ziehen. Frankreich wolle dagegen das stehende Heer, die schwere Artillerie und die Tanks vermindern, falls die amerikanische Regierung die französischen Grenzen, besonders die gegen Deutschland garantiere. Die Regierung der Vereinigten Staaten sei bereit, Frankreich diese Garantie in Form eines Gentleman-Agreements zu geben, falls Frankreich tatsächlich abrüste und der amerikanische Senat seine ablehnende Haltung gegenüber jeder Art und Militärbündnissen ändere.

Dieser Plan wird Hauptverhandlungsgegenstand des amerikanischen Sachverständigen Norman Davis in Genf sein.

Doch Vier-Mächte-Konferenz?

Amerikanische Bedenken gegen den Herriot-Plan

Paris, 30. Okt. Die Unterredung des amerikanischen Senators Davis, des Führer der amerikanischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz, mit Herriot, wird vom Journal dahin beurteilt, daß sie Veranlassung gegeben habe, den **Gedanken der Einberufung einer Vier- oder Fünf-Mächte-Konferenz wieder aufleben zu lassen.** Norman Davis soll, Chikago Tribune zufolge, sich vor seiner Abreise nach Genf optimistisch geäußert haben. In Pariser amerikanischen Kreisen glaube man, **daß man mit Deutschlands Rückkehr auf die Abrüstungskonferenz in zwei oder drei Wochen rechnen könne.** Den konstruktiven französischen Plan halte man für eine gesunde Verhandlungsgrundlage. Allerdings verhehle man nicht eine gewisse Abneigung gegen den von Herriot angeregten Konsultativpakt, da ja bereits das Neunmächteabkommen, der Londoner Vertrag und das Pazifikabkommen derartige Konsultationen im Falle einer Vertragsverletzung vorsähen.

Pariser Presse zu Herriots Spanien-Reise

T.U. **Paris**, 30. Okt. Die Madrider Reise Herriots findet in der Pariser Presse außergewöhnlich starke Beachtung. Man protestiert vor allem gegen die in der ausländischen Presse aufgeworfene Frage, wonach Herriot die Absicht habe, ein Geheimbündnis mit Spanien abzuschließen und über den freien Durchzug der französischen Kolonialtruppen durch Spanien zu verhandeln. Diese Mitteilungen, die als tendenziös bezeichnet werden, finden nichstdestoweniger auch in einem Teil der französischen Presse Glauben. So schreibt das Wochenblatt „La Guepe“, daß Frankreich als Gegenleistung für den freien Durchzug der Kolonialtruppen auf seine Rechte in Tanger verzichten werde. Die Gerüchte von einem Austausch dieser Tanger-Rechte gegen die spanische Besitzung Rio del Oro seien nur in die Welt gesetzt worden, um den wahren Gegenstand des Tauschobjektes zu verschleiern. Die übrige Presse stellt den Besuch des Ministerpräsidenten als einen rein freundschaftlichen Akt hin. Herriot selbst erklärte noch vor seiner Abreise aus Poitiers, daß nur der böse Wille gewisser Kreise den wahren Charakter seines Besuches entstellt habe. Er hoffe, daß die spanisch-französische Freundschaft das Symbol und das Beispiel der Freundschaften werde, die alle Völker verbinden müßten.

Tages-Anzeiger

Montag, den 31. Oktober.

Bad. Landestheater: „Ein Sommernachtstraum“, 20—23 Uhr.
Skala-Tonfilm-Theater: „Peter Voß, der Millionendieb“, 7 und 9 Uhr.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[3

Das war wieder eine unangenehme Heimkehr. Der Anruf, den er vorhin erhalten hatte, war von seiner Kusine Ina gekommen, die ihm nach dem Tode seiner Frau das Haus führte. Es hatte wieder einen Auftritt zwischen Ina und seinem kleinen Sohne gegeben. Was es war, hatte er sich durchs Telephon nicht sagen lassen wollen.

Die etwas schrille und ziemlich empörte Stimme Inas hatte ihm zu grell in den Ohren geklungen nach dem sanften Organ Edith Bernheims. Auch haßte er es, derartige Angelegenheiten durchs Telephon zu erledigen.

Aber daheim würde er nicht verschont werden mit Klagen, Vorwürfen und Prophezeiungen, was für ein schlechtes Ende es mit einem so eigensinnigen Kinde, wie Ralph es war, nehmen würde.

Seufzend fuhr sich Weltner mit der Hand über die Stirn. Er war so müde. Die Arbeitslast, die er zu bewältigen hatte, war mitunter sogar für seine Kräfte zuviel. Heute wieder zwei schwere Prozesse, bei denen es um Glück und Ehre zweier Menschen gegangen war, dann den ganzen Tag Konferenzen, Akten, und die Versuche, für diese junge Frau Bernheim etwas zu retten! Also hätte er jetzt so nötig eine freundlich-ruhige Stunde in seinem Heim gebraucht. Aber diese friedliche Stunde, sie war ihm seit dem Tode seiner Frau nicht oft beschieden gewesen.

Er hatte die verwitwete Kusine seiner Frau ins Haus genommen, um sein einziges Kind nicht fremden Menschen anvertrauen zu müssen. Er hatte gedacht, daß eine Verwandte eher für das schwierige Kind Verständnis und Liebe haben würde. Und doch mußte er feststellen, daß Ina es mit dem Kinde viel weniger verstand als die Erzieherinnen, die er nach dem Tode Marias nacheinander im Hause gehabt hatte.

Wie leicht war es Maria gewesen, mit dem kleinen Buben auszukommen! Mit einem Blick, mit einem leisen Wort hatte sie ihn gelenkt, mit einem Lächeln seinen Trotzkopf gebändigt. Sie brauchte ihren kleinen Jungen nur traurig anzusehen mit ihren großen braunen Augen, und er tat der Mutter zuliebe, was sie nur wollte.

Wie oft hatte sie zu ihrem Manne gesagt:

„Ralph ist ein Kind, das nur durch Liebe zu gewinnen und zu leiten ist. Wer launenhaft, unbeherrscht oder streng ist, wird ihn in seinem Trotz blind und taub machen.“

Wie recht hatte Maria gehabt mit dieser Erkenntnis! Seit sie tot war, war aus dem zärtlichen, liebevollen Kinde ein verstockter kleiner Tyrann geworden, der in Wutausbrüche geriet, wenn etwas nicht nach seinem Willen ging. Der Vater, den ganzen Tag beschäftigt, hatte keine Zeit, sich um die Erziehung des kleinen Wildlings zu kümmern. Und er sah nur das Resultat, hörte die täglichen Klagen des Personals.

Nahm er sich dann abends seinen kleinen Sohn vor, so begegnete er einem blassen, verstockten Kindergesicht, dessen Augen den freien, klaren Kinderblick verloren hatten, dessen Stirn in Abwehr und Trotz zusammengezogen war, bei dem alle Ermahnungen, Drohungen und Bitten nur ein verstocktes Schweigen zur Folge hatten.

Bei Kusine Ina war es nicht besser geworden als bei den bezahlten Kräften. Im Gegenteil schien der Junge eine verstärkte Abneigung gegen die schöne Tante zu haben, und seine Streiche wurden immer zügelloser. Was mochte er heute wieder angestellt haben? Nun, er würde es ja noch zeitig genug erfahren.

Der Wagen fuhr in den Vorhof ein, und der Chauffeur sprang heraus, um seinem Herrn den Wagenschlag zu öffnen. Da ging auch schon das Licht am Hausportal an. Auf der Schwelle stand Ina, die Kusine Weltners.

Das Licht der hellen elektrischen Eingangslampe fiel auf ihr schönes, regelmäßiges Gesicht, das aber jetzt von einem zornigen Zuge entstellt war. An der Hand hielt sie mit hartem Griff einen kleinen Jungen von sieben Jahren, der schreiend und um sich stoßend versuchte, sich von der Hand der Tante loszumachen.

Kaum war Weltner die erste Stufe zu seinem Hause emporgestiegen, als ihn schon die Stimme Inas mit einer Flut von Anklagen überfiel, in die das wütende Schreien des kleinen Jungen hineinklang, die Worte der zornigen Frau durch sein Wutgeheul immer wieder übertönend.

Hinter den beiden erschien das Gesicht des Stubenmädchens, das mit einem gewissen schadenfrohen Ausdruck auf die erzürnte Dame und die ganze Szene blickte.

„Zeit, daß du kommst, Robert“, sagte Ina scharf. „Ralph ist heute so unartig gewesen, daß ich wirklich nicht mehr allein mit ihm fertig werde und du ihn ernstlich bestrafen mußt.“

Hier brach der kleine Junge wieder in ein ohrenbetäubendes Gebrüll aus und versuchte, sich von der Hand, die ihn erbarmungslos hielt, zu befreien. Aber immer fester griff die Frauenhand zu.

Weltner warf einen Blick auf das zornige Gesicht seiner Kusine und von da auf das Gesicht seines kleinen Jungen, das in Wut und Schmerz verzogen war.

Peinvoll sagte er:

„Muß denn diese Szene sich hier auf der Eingangstreppe abspielen, liebe Ina? Hätte das nicht Zeit, bis wir drinnen sind?“

„Machst du mir jetzt auch noch Vorwürfe?“ versetzte sie scharf. „Ich weiß ja, wenn ich nicht sofort mit meinem Anliegen zu dir komme, dann bist du ja schon wieder in deinem Zimmer hinter den Akten verschwunden, und man findet kein Ohr bei dir für seine Sorgen.“

Sie ließ die Hand des kleinen Jungen so unvermittelt los, daß er, der immerfort versucht hatte, sich durch Zerren freizumachen, fast hinfiel. Aber im nächsten Augenblick war er unter dem Arm der Tante durchgeschlüpft und die Treppe hinaufgerannt wie ein scheues kleines Tier. Seufzend ging Weltner neben Ina die letzten Stufen hinauf.

(Fortsetzung folgt.)